

Für den Ernstfall gewappnet

Bei der Fachtagung „Führen von Einsatzkräften“ des Münchner Roten Kreuzes im vergangenen November ging es unter anderem um besonders hilfsbedürftige Krisenbetroffene, die Bevölkerungswarnung im digitalen Zeitalter sowie um Erkenntnisse aus einer Großübung der Münchner Polizei.



Der Austausch jenseits des Vortragsprogramms ist ein Aspekt, der für viele Teilnehmer ebenso wichtig ist wie fachliche Erkenntnisse.



Vor dem Klinikum Großhadern konnten auch Einsatzfahrzeuge besichtigt werden.



Die Referenten des Vormittags: Hendrik Roggendorf (l.), Dr. Heidi Oshmiansky und Paul Geörg (r.) mit den Rotkreuz-Vertretern Julian Kerth (2. v. l.) und Volker Ruland.

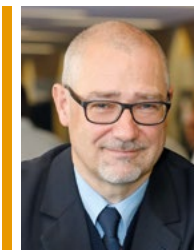
Fotos: Marion Vogel

Mitte November folgten wieder mehr als 300 Führungskräfte bayerischer Hilfsorganisationen der Einladung des Münchner Roten Kreuzes zu seiner Fachtagung ins Klinikum Großhadern. „Bevölkerungsschutz für alle: Selbst- und Fremdhilfe bei besonderen Einsatzlagen“ lautete das diesjährige Thema. Doch mindestens ebenso im Fokus stand das 20-jährige Jubiläum der Fachtagung. 1999 zum ersten Mal im Festsaal einer Senioreneinrichtung als interne Fortbildung des Münchner Roten Kreuzes organisiert, gewann die Veranstaltung bald über die Stadtgrenzen hinaus an Bedeutung, sodass der Kreis der Interessenten sich heute über berufliche und ehrenamtliche Führungskräfte der Hilfsverbände aus ganz Bayern erstreckt. Vertreter verschiedenster Organisationen, die im Schadensfall eng und reibungslos zusammenarbeiten, kommen mittlerweile im großen Hörsaal des Klinikums Großhadern zusammen, um sich bei Vorträgen der eingeladenen Experten über die neuesten Erkenntnisse aus Katastrophenschutz-Forschungen, -Übungen und echten Einsätzen zu informieren. Damit gewannen im Laufe der Jahre auch der Vernetzungsaspekt der Teilnehmer und die begleitende Fachausstellung an Bedeutung. Was sich seit den Anfängen der Tagung nicht verändert hat: Verantwortlich für Programm und Organisation ist immer noch ein ehrenamtliches Team des Münchner Roten Kreuzes.

„Menschen im Blickpunkt“ hat die Jubiläumsfachtagung begleitet und mit dem Initiator sowie einigen Referenten das Gespräch gesucht.



Mehr als dreihundert Interessenten pro Jahr kommen im großen Hörsaal des Klinikums Großhadern zusammen.



„Hilfreich im
konkreten Einsatz“

Volker Ruland, Leiter der Abteilung Rotkreuz-Gemeinschaften beim Kreisverband München, „erfand“ die Fachtagung vor 20 Jahren gemeinsam mit einem Kollegen.

Herr Ruland, was war damals der Anlass, eine Fachtagung für Münchner Führungskräfte ins Leben zu rufen?

Ich hatte die Idee gemeinsam mit meinem Kollegen Alexander Kern, der für die Fachausbildung zuständig war. Wir wollten den Austausch der Einsatzleiter untereinander zu einsatzrelevanten Themenbereichen ermöglichen. Dieser Dialog ist vor allem im

Katastrophenschutz und bei sogenannten Großschadensereignissen, beispielsweise einem Amoklauf, wichtig, denn dann arbeiten unterschiedliche Münchner Hilfsorganisationen Hand in Hand.

Auf welchem Konzept basiert die Fachtagung?

Wir wollten von Beginn an einen Themenbereich aus unterschiedlichen Perspektiven (etwa aus Sicht der Polizei, der Feuerwehr, des Rettungsdienstes etc.) betrachten und dafür sowohl namhafte Referenten aus den verschiedenen Organisationen und Behörden als auch Wissenschaftler und Spezialisten einladen. Bis heute ist dies unser Grundkonzept geblieben, wenn es auch nach 20 Fachtagungen schwieriger wird, immer wieder neue Themen zu finden.

An welche Teilnehmerzielgruppen richten sich die Einladungen? Unser Angebot zielt auf die am Ort des Geschehens tätigen Ein-

satzleiter und Führungskräfte sowie deren Führungsassistenten ab, also die Einsatzleiter-Rettungsdienst, die Organisatorischen Leiter, die Leitenden Notärzte, die Örtlichen Einsatzleiter, die Unterstützungsgruppe Sanitätseinsatzleitung, die Führer der Schnelleinsatzgruppen Behandlung, Transport, Betreuung, Information und Kommunikation sowie die Mitglieder von Führungsstäben. Sie alle wollen wir seit den Anfängen der Tagung ansprechen – der Einzugsbereich wurde allerdings im Laufe der ersten Jahre vom Raum München auf ganz Bayern und alle dort tätigen Organisationen ausgeweitet.

Nach welchen Kriterien wählen Sie die Referenten aus?

In erster Linie ist wichtig, dass die Referenten den Teilnehmern etwas mitgeben, was in der Praxis hilfreich ist, also was diese in einem konkreten Einsatz gebrauchen können. Deswegen finden sich im Programm immer auch Berichte von tatsächlich gelaufenen Einsätzen aus ganz Deutschland.

Seit wann findet begleitend eine Fachausstellung statt?

Die Fachausstellung war anfangs, auch aus räumlichen Gründen, noch sehr klein. Seit guten zehn Jahren ist sie fester Bestandteil des Programms, der auch von den Tagungsteilnehmern gewünscht wird. Darüber hinaus trägt sie einen nicht unerheblichen Betrag zur Finanzierung der Veranstaltung bei, denn die Aussteller entrichten eine Standgebühr.

Und wie finanziert sich der Rest?

Über die Teilnehmerbeiträge: für die Fachtagung 2018 beispielsweise 30 Euro pro Person – inklusive Butterbrezn, Mittagessen, Kaffee/Tee, Gebäck/Obst und Getränken, Teilnahmebescheinigungen sowie den zusammengefassten Vorträgen als Download. Mittel des Münchner Roten Kreuzes werden bei dieser Veranstaltung nicht zugesteuert.



„Menschen mit Bewegungseinschränkungen oder einem Beatmungsgerät erfordern spezielle Rettungsmaßnahmen“

Dr. Heidi Oschmiansky ist wissenschaftliche Referentin beim Sachgebiet Forschung im Bevölkerungsschutz sowie Mitglied des Teams Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz und Rettungsdienst im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes. Auf der Fachtagung erläuterte sie das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt KOPHIS („Kontexte von Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken“), das vom DRK geleitet und gemeinsam mit Forschungspartnern durchgeführt wurde: Es untersucht Möglichkeiten der Unterstützung für zu Hause versorgte Pflege- und Hilfsbedürftige bei einer Evakuierung im Krisenfall.

Frau Dr. Oschmiansky, warum erschien das KOPHIS-Projekt notwendig?

Nach Einsätzen zum Beispiel beim Hochwasser 2013 spiegelten uns die Einsatzkräfte, dass die Evakuierungen stationärer Einrichtungen, also von Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen, relativ problemlos erfolgt seien. Im ambulanten Bereich dagegen gab es Verzögerungen, welche die Einsatzkräfte vorher nicht einplanen konnten, da niemand den Bedarf erfasst hatte. Weder war bekannt, wie viele Menschen im häuslichen Bereich gepflegt wurden, noch, wo sich diese Menschen aufhielten und in welchem Zustand sie sich befanden. Die Folge war ein deutlich höherer Einsatzaufwand unter Zeitdruck, um die Betroffenen in Sicherheit zu bringen. Hinzu kamen nachgelagerte Einsätze in einem bereits evakuierten Gebiet, weil hilfsbedürftige Bürger zu spät von der Rettungsmaßnahme erfahren hatten und sich erst im Nachhinein bemerkbar machten. Wir sprechen von „vulnerablen“, also besonders verwundbaren, Bevölkerungsgruppen.

Inwiefern besonders verwundbar?

Pflegebedürftige oder ältere Menschen nehmen eventuell aufgrund von Sinneseinschränkungen Warnsignale nicht mehr wahr. Die Kommunikation mit demenziell veränderten Menschen ist oft stark beeinträchtigt. Wer bewegungseingeschränkt ist, kann sich unter Umständen nicht selbstständig in Sicherheit oder zu einer Sammelstelle bewegen. Für Patienten, die von medizinischen Geräten abhängig sind – etwa einer Beatmungsmaschine, einem Dialysegerät, einer Ernährungs- oder Insulinpumpe –, stellt ein Stromausfall eine existenzielle Bedrohung dar. Manche sind auch auf eine spezielle Ernährung angewiesen, auf Unterstützung bei der Nahrungsaufnahme, beim Trinken oder der Medikamenteneinnahme oder auf Pflegedienstleistungen, die zeitabhängig erbracht werden müssen. Kommt es zu einem Krisenszenario, womöglich einer Evakuierung, unterliegen diese Menschen einem erhöhten Gesundheitsrisiko. Manchmal werden auch ihre Bedürfnisse in Notunterkünften nicht erkannt. All dies sind Aspekte, die wir ins Bewusstsein der Betroffenen, ihrer Bezugspersonen und der Katastrophenschutz-Helfer rufen müssen, um Gegenmaßnahmen vorzubereiten. Denn Statistiken belegen, dass der Anteil älterer Menschen an den Toten zum Beispiel beim Hurrikan Katrina im Südosten der USA 2005 oder bei der Fukushima-Katastrophe

2011 um ein Vielfaches höher lag, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach. Zugleich nehmen die Krisen und Großschadenslagen eher zu: Durch den Klimawandel hervorgerufene Stürme, Hochwasser und Hitzewellen sowie Cyberangriffe auf Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen könnten uns künftig vermehrt herausfordern.

Also wurde das Forschungsprojekt initiiert, um herauszufinden, wie pflegebedürftige Personen in solchen Krisen besser unterstützt werden können?

Genau. Von Februar 2016 bis Januar 2019 haben wir Interviews mit Experten und Pflegebedürftigen durchgeführt sowie Maßnahmen und Empfehlungen entwickelt. Unsere Modellregion war Willich, eine Stadt in Nordrhein-Westfalen mit rund 51 000 Einwohnern. Als ein Lösungsansatz wurde getestet, ein Unterstützungsnetzwerk aus Vertretern des Bevölkerungsschutzes (Feuerwehr, Hilfsverbänden, Sozialamt), des Pflegebereichs und der Zivilgesellschaft (Gemeinden, Vereinen, Nachbarschaftshilfen) in Form von Runden Tischen zu bilden. Denn deren enge Zusammenarbeit vor Ort ist wichtig, da in Krisen nicht bekannt ist, wo hilfsbedürftige Menschen leben, und es aus



Vom Einsatzfahrzeug bis zur leistungsfähigen Taschenlampe: An den Infoständen der Industriepartner finden die Besucher nahezu alles, was sie für ihre Arbeit im Bevölkerungsschutz benötigen.

datenschutzrechtlichen Gründen eine zentrale Erfassungsstelle für sie nicht gibt. Ein Lösungsansatz kann auch die Bildung eines „Fachberaters Pflege“ sein, der im Krisenfall in den Verwaltungsstab eingebunden wird und die Versorgung von Hilfsbedürftigen koordiniert.

Daneben ist es wichtig, die Selbst- und Nachbarschaftshilfe zu stärken. Dafür haben wir zusammen mit Senioren verschiedene Hilfsmaterialien entwickelt und erfolgreich getestet. Das Lernspiel „Sicherheits-Bingo“ vermittelt Notfall-tipsps und Hinweise für den Alltag und für Katastrophen spielerisch, zum Beispiel in Begegnungsstätten, Mehrgenerationenhäusern und Angehörigenschulungen (unter www.drk-forschung.de abrufbar). Begleitend haben wir themenbezogene Informationsbroschüren für pflegende An-

gehörige und Senioren erarbeitet (unter www.kophis.de/veroeffentlichungen/ abrufbar).

Außerdem müsste sich der Pflegebereich, dessen Leistungen noch überwiegend auf die Alltagsversorgung ausgerichtet sind, besser auf Krisen und Katastrophen vorbereiten. Detaillierte Konzepte für die Versorgung im Ernstfall tun not. Eine intensivere Zusammenarbeit von Katastrophenschutz und Pflegebereich wäre dabei dringend erforderlich. Auf diese Weise und ergänzend in entsprechenden Schulungen sollten auch die Einsatzkräfte stärker für vulnerable Bevölkerungsgruppen sensibilisiert werden. All diese Maßnahmen sollen das Thema ins Bewusstsein rufen. Denn die Zahl der Menschen mit Pflege- und Hilfsbedarf – insbesondere derjenigen, die zu Hause versorgt werden – wird in Krisen unterschätzt.



„Frühere Zeitmessungen bei einer Evakuierung sind nicht mehr aktuell“

Paul Geörg leitet bei der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung in Berlin Evakuierungsübungen, um herauszufinden, wie Helfer möglichst viele Menschen zeitsparend in Sicherheit bringen können. Aktuell forscht er im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Verbundprojekt SiME zur Berücksichtigung von Menschen mit Beeinträchtigungen bei Evakuierungen.

Herr Geörg, welche Aspekte untersuchen Sie bei Ihren Übungen?

Es geht um Fragen wie diese: Wie viele Personen können eine Engstelle pro Zeiteinheit passieren? Wie breit muss ein Durchgang sein, um Staus zu vermeiden? Wie lange dauert es, bis die letzte Person die Engstelle passiert hat?

Im Fall eines Rückstaus: Wie lange hält er an? Wie groß ist der Staubereich? Wie hoch ist die Dichte im Stau?

An wen richten sich Ihre Erkenntnisse?

Einerseits an die Betreiber von Krankenhäusern, Firmengebäuden, Veranstaltungshallen und allen anderen Orten, an denen sich viele Menschen aufhalten. Andererseits wollen wir aus unseren Forschungen Erkenntnisse für die Planung derartiger Neubauten gewinnen. Denn unser Baurecht ist 60 Jahre alt; seitdem hat die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung viel verändert: Zum Beispiel gibt es in der Regel keine zentralen und ausreichend dimensionierten Abstellplätze für Rollatoren.

Um einen Fluchtvorgang in einem nicht optimalen Gebäude zu simulieren, bauen wir auch schon mal in einer großen Halle einen sich verengenden Flur als Holzkulisse nach. Unsere Freiwilligen sind dann in diesen Studien unter anderem Rollstuhlfahrer oder Menschen mit einem Blindenstock, die sich in einem Menschenstrom bewegen, diesen aber an einer Engstelle gefährlich aufhalten können. Zudem verändern sie den Wert, der vorgibt, wie viele Fliehende auf einem Quadratmeter Bodenfläche vorankommen, denn ein ausgestreckter Blindenstock oder ein Rollstuhl beanspruchen mehr Platz.

Wie realistisch kann denn ein Notfall überhaupt nachgestellt werden?

Wir haben natürlich das Handicap, dass die Probanden, die sich für unsere Forschungen zur Verfügung stellen, hauptsächlich Bundeswehr-Soldaten oder Studenten sind, also junge, gesunde, geistig fitte Menschen. In unseren letzten beiden Studien ist es uns aber gelungen, eine deutlich ältere Teilnehmergruppe und Menschen mit unterschiedlichen körperlichen, geistigen oder altersbedingten Beeinträchtigungen zu gewinnen. Wir stellen dann fest, dass sich die Bedürfnisse der Gruppe verändern können: So kann sich etwa ergeben, dass ein möglicher Sammelplatz nicht genügend beleuchtet oder barrierefrei gar nicht erreichbar ist. Oder die Personaldecke einer Wohneinrichtung ist in der Nacht nicht ausreichend, um alle hilfsbedürftigen Bewohner hinauszubegleiten. Nicht jeder Helfer weiß, wo die Evakuierungshilfen gelagert werden, mit denen man bewegungseingeschränkte Menschen über eine Treppe transportiert. Und ist allen Begleitpersonen klar, welche Hilfsmittel für welche Pflegebedürftigen geeignet sind? Ein solches Szenario kann man nicht am Schreibtisch planen – das muss man üben.

Und was geschieht mit Ihren Forschungsergebnissen?

Für Gebäudedesigner, Verkehrsplaner und Brandschützer stellen unsere Erkenntnisse einen wichtigen Planungsfaktor beim Umbau oder bei der Neugestaltung von Bauten dar, deren eventuelle Mehrkosten sie den Betreibern kommunizieren müssen. Aber es geht nicht nur um Kosten: Viel lässt sich schon dadurch verändern, dass man den Blickwinkel erweitert, seine Konzepte einige Male praktisch probt und die gewonnenen Erkenntnisse fortentwickelt.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter und hilfsbedürftiger. Das belegen die Zeiten, die wir bei früheren Evakuierungsübungen gemessen haben: Sie sind längst nicht mehr aktuell.



„Die digitale Vernetzung
aller Warnmittel ist unser Ziel“

Hendrik Roggendorf leitet das Referat „Warnung der Bevölkerung“ beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn. Er beschäftigt sich zurzeit vor allem mit dem Einsatz digitaler Medien zur flächendeckenden Warnung im Krisenfall.

Herr Roggendorf, in Ihrem Vortrag sprachen Sie von einer „Renaissance der Warnung in Deutschland“ – was meinen Sie damit?

Warnung war als Thema im „Kalten Krieg“ in der Bevölkerung hoch präsent. Jeder kannte die Sirensignale und ihre Bedeutung. Nach dem damaligen Ende des Ost-West-Konflikts sank das öffentliche Bewusstsein jedoch. Warnung als Mittel der Krisenkommunikation geriet in Vergessenheit. Aber aktuelle Ereignisse, wie etwa der Amoklauf im Münchner OEZ 2016, machten klar, wie wichtig funktionierende Warnsysteme auch weiterhin sind. Die Bevölkerungswarnung als Werkzeug für Gefahrenabwehr-Behörden kehrte dadurch ins Bewusstsein der Verantwortlichen zurück. Und damit der Aspekt: Wie erreichen wir die Menschen heutzutage? Technisch, aber auch inhaltlich.

Inwiefern „inhaltlich“?

Eine vollständige, empfängerorientierte Warnung beschreibt die Gefahr, grenzt den Gefährdungsbereich ein, nennt den erwarteten zeitlichen Eintritt des Ereignisses und übermittelt Verhaltensempfehlungen zum Selbstschutz. Floskeln wie „Verhalten Sie sich luftschutzmäßig“ – für die Kriegsgeneration eine gängige und sicher auch allgemein verständliche Empfehlung – greifen heute nicht mehr. Wichtig ist wegen der Glaubwürdigkeit zudem die Quelle der Warnmeldung. Übrigens bildet auch die Entwarnung einen wichtigen Bestandteil der Warnung, damit die Bevölkerung weiß, wann die Gefahr vorüber ist.

In welchen Fällen erfolgt denn überhaupt eine Warnung?

Die Entscheidung treffen die nach Landesrecht zuständigen Behörden. Praktiziert werden Warnmeldungen heutzutage bei Kampfmittelfunden, einem Brand beziehungsweise der Ausbreitung von Rauchgas, gefährlichen Wetterereignissen, beim Ausfall sogenannter kritischer Infrastrukturen – etwa der Stromversorgung oder des Internets – oder wenn die Notrufnummern nicht mehr erreichbar sind. Darüber hinaus würden Warnungen auch heutzutage erfolgen, wenn besondere Gefahren eines Verteidigungsfalls dies erforderlich machten. In Bayern haben neben allen Regionalleitstellen und den Kreisverwaltungsreferaten auch die Polizeidienststellen die Möglichkeit, Warnmeldungen über das Modulare Warnsystem des Bundes auszulösen.

Und welche Medien werden dann außer Sirenen genutzt?

Wichtig sind möglichst viele Kanäle, falls einzelne ausfallen. Diese werden als einheitliches Warnsystem in einem Arbeitsgang ausgelöst. Am meisten Menschen erreicht man übrigens, es mag überraschen, immer



„Neue Waffen, eine
veränderte Schutzausrüstung,
Kommunikation über
Messenger-Dienste“

Der **Münchner Polizeipräsident Hubertus Andrä** schilderte auf der Fachtagung die Erkenntnisse aus einer Großübung im April 2018 am Münchner Hauptbahnhof und in Garching.

Herr Andrä, warum war die Übung im vergangenen Frühjahr notwendig?
Lebensbedrohliche Einsatzlagen sind für uns ein polizeiliches Schwerpunktthema. Mit dem Amoklauf am OEZ wurde ein solches Szenario in München Realität. Um unsere Einsatzkonzepte für diese Fälle zu optimieren, veranstalten wir in regelmäßigen Abständen Übungen – auch mit dem Ziel, das Vorgehen der Polizei, die Zusammenarbeit mit weiteren beteiligten Einheiten (Feuerwehr, Rettungsdiensten, Katastrophenschutz, Bundespolizei) und die Einsatzmedizin ständig weiterzuentwickeln und den praktischen Erfordernissen anzupassen. Alle verfügbaren Kräfte sollen in der Lage sein, eine solche Situation zu bewältigen, ohne auf Spezialeinheiten warten zu müssen. Wichtig ist uns bei diesen Übungen, keine Showveranstaltung für die Öffentlichkeit abzuhalten, sondern Verbesserungsbedarf zu erkennen und offen zu benennen, um ihn in wichtige Erkenntnisse für die Zukunft umzuleiten.

Wie lief die Übung im Frühjahr ab?

Wir übten einen Einsatz mit zwei Szenarien: Zunächst wurde angenommen, vier bewaffnete Täter töteten im Hauptbahnhof wahllos Passanten. Zehn Tote und 60 Verletzte, viele davon schwer, seien bis zur Alarmierung zu beklagen. Parallel sei ein fiktives Redaktionsgebäude in Garching von zwei weiteren bewaffneten Tätern besetzt worden – mit sechs Toten und sechs Verletzten. Die Mitarbeiter befänden sich als Geiseln im Objekt. Die Herausforderung eines zweiten Einsatzortes bestand darin, dass trotz des gebotenen Zusammenziehens ausreichender Kräfte im Stadtzentrum ein weiteres Kontingent nach Garching verlegt werden musste.

Unsere Einsatzbedingungen wurden so realistisch wie möglich gestaltet. Der Einsatz von insgesamt 2000 Kräften der Bundes- und Landespolizei beispielsweise entsprach dem täglichen Dienst. Aber natürlich mussten wir auch Einschränkungen in Kauf nehmen: So befand sich unsere Übungsortlichkeit im Hauptbahnhof auf einem festgelegten Terrain, damit der Reisebetrieb zwar eingeschränkt, aber grundsätzlich aufrechterhalten werden konnte. Folglich waren auch die Wirkungskreise der Einsatzkräfte und der Täter begrenzt, was bei einem echten Amoklauf oder Terrorakt nicht der Realität entspräche.

Welchen Maßgaben folgen die Einsatzkräfte in einem solchen Szenario?

An erster Stelle steht natürlich, Unbeteiligte zu schützen und die Opferzahl möglichst niedrig zu halten. Die Begrenzung beziehungsweise die Beendigung der Tathandlungen sind also schnellstmöglich anzustreben. Daher gilt bei einem agierenden Täter für unsere Kräfte die niedrigste Einschreitschwelle, bei bestmöglicher Eigensicherung. Ebenso ist im Hintergrund zur Abwehr weiterer Gefahren Eile bei der Ermittlung des Täters und seiner Motivation erforderlich. Wir beurteilen die Lage fortlaufend, leiten diese Erkenntnisse an sämtliche Kräfte weiter und informieren die Öffentlichkeit.

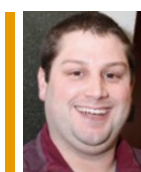
noch über das Radio. Bei der Warnstufe 1, also Gefahr für Leib und Leben, sind die Sender verpflichtet, ihr Programm sofort zu unterbrechen. Heutzutage nutzen wir aber auch digitale Medien, wie etwa die Warn-App NINA. Für die Vernetzung der Systemkomponenten kommen Satelliten zum Einsatz. In der Entwicklung ist zum Beispiel die Warnung per Navigationsgerät im Auto. Auch Warnhinweise auf digitalen Stadtwerbetafeln werden mittlerweile verwendet. Wir haben einen Paging-Dienstleister an das Modulare Warnsystem angeschlossen. Auch unser eigenes Webportal (<https://warnung.bund.de>) verbreitet die Meldungen – hier wird man in Kürze Warnmeldungen auch als RSS-Feed abonnieren können. Ferner arbeiten wir an der Nutzung von Features des digitalen Radiostandards DAB+, mit denen es möglich sein wird, Radios aus dem Standby aufzuwecken und auf einen speziellen Warnkanal umzuschalten. Schließlich sind wir dabei, die Übermittlung von Warnmeldungen an Fahrgast-Informationssysteme im Öffentlichen Personenverkehr auszubauen. Die Deutsche Bahn versorgen wir bereits seit 2009 mit Warnmeldungen. Andere technische Wege, wie etwa die Warnung über Haushaltsrauchmelder, liegen fertig entwickelt in der Schublade und warten auf ihre Markteinführung.

➤ Besucherstimmen



Thomas Lindörfer, Geschäftsführer des BRK-Kreisverbandes Schweinfurt:

„Ich besuche die Fachtagung zum ersten Mal. Da ich selbst im Katastrophenschutz aktiv bin, finde ich den Tag höchst interessant: Das Vortragsangebot ist vielfältig – eines der vorgestellten Projekte ähnelt einem, das wir in Schweinfurt lokal entwickelt haben. Darüber konnte ich mich hier bereits mit anderen Teilnehmern austauschen. Überhaupt bieten Veranstaltungen wie diese die Möglichkeit der Vernetzung. So kann man auch mal über den Tellerrand hinausschauen.“



Johann Bauer, Beauftragter für technisches Risikomanagement und Hygiene bei der Aicher Group GmbH & Co. KG, München:

„Ich komme bereits zum dritten Mal in Folge zur Fachtagung des Münchner Roten Kreuzes. Für mich ist sie das perfekte Forum, um meinen Horizont zu erweitern und Themen aus einem neuen Blickwinkel zu betrachten. Nützlich ist auch der Erfahrungsaustausch außerhalb der Vorträge mit Teilnehmern, die einen ähnlichen beruflichen Hintergrund haben.“



Bianca Meyerhöfer-Klee vom Arbeiter-Samariter-Bund Bad Windsheim:

„Im Rahmen meiner Fortbildung zur Freiwilligenmanagerin ist im kommenden Jahr der Katastrophenschutz mein Projektschwerpunkt. Die heutigen Vorträge fand ich spannend, sie haben mir aber auch vor Augen geführt, wie hilflos wir in bestimmten Bereichen noch sind. Die Herausforderung besteht nun darin, unsere Einheiten derart zu qualifizieren, dass sie die heute angesprochenen Bereiche souverän ausfüllen.“



Stefan Miklos, ehrenamtliche Führungskraft bei der Johanniter-Unfall-Hilfe im Regionalverband München:

„Ich nehme seit fünf Jahren an der Fachtagung teil. Mir gefallen die kurzen Vorträge: Sie sind informativ und vermitteln frischen Input. Die Qualität der Referenten ist sehr hoch. Vor allem kommen viele aus der Praxis, kennen also unser Einsatzumfeld. Dabei ist immer wieder interessant zu hören: Wie arbeiten die Kollegen ihre Einsätze ab?“



Heiner Goossens, stellvertretender Kreisbereitschaftsleiter im Rotkreuz-Kreisverband Westerwald:

„Die Fachtagung ist eine ansprechende Veranstaltung. Zeitlich läuft alles reibungslos ab, die Räume sind prima und die Vorträge gut gestaltet und sehr informativ. Ich bin zum zweiten Mal dabei und konnte meine Kenntnisse im Bevölkerungsschutz wieder mal auffrischen.“

Die Polizei hilft aber auch der Feuerwehr und den Rettungsdiensten, deren Rettungsmaßnahmen durchzuführen, etwa indem wir Bereiche zur Patientenversorgung einrichten und schützen oder Rettungswege freimachen.

Welche Erkenntnisse hat die Übung am Hauptbahnhof erbracht?

Unsere Einsatzkräfte erhalten mindestens jährlich eine auf besondere Einsatzlagen abgestimmte Erste-Hilfe-Beschulung und führen ein Erste-Hilfe-Set mit. Allerdings erwies sich die Zeit bis zur Übergabe der Verletzten an die Rettungskräfte als zu lang, was teilweise der Übungskünstlichkeit geschuldet war, da für uns nur ein Zugang zum Hauptbahnhof bestand. Die vorgesehenen Bandschlingen zum Verletzentransport waren nur bedingt geeignet. Leider sind auch die alternativ zur Verfügung stehenden Rettungstücher, bei deren Einsatz das Körpergewicht des Patienten voll auf den Trägern lastet, für Einsatzkräfte in schwerer Schutzausstattung nicht ideal. Eine weitere Erkenntnis war, dass wir die Identifizierung polizeilicher Führungskräfte mit einer noch deutlicher gekennzeichneten Warnweste erleichtern müssen. Ebenso wurden die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Führungskräften sowie die dafür verwendeten Medien optimiert. So tauschen sich unsere Kräfte zum Beispiel über einen eigenen Messenger-Dienst per iPhone, Tablet und Laptop aus. Daneben wird die gesamte bayerische Polizei in 2019 mit einer neuen Dienstwaffe mit höherer Magazinkapazität ausgestattet, und es wird eine Mitteldistanzwaffe unter anderem für die Bewältigung solcher Einsatzlagen beschafft. Zusätzlich zum ballistischen Schutz wird die Ausstattung situativ ergänzt. So tragen zum Beispiel speziell ausgebildete Polizisten Kettenhemden, um gegen einen Messerstecher vorgehen zu können. Unsere Praxistests haben also konkrete Veränderungen angestoßen, mit denen wir uns – auch im Hinblick auf die Fußball-Europameisterschaft 2020 – auf besondere Einsatzlagen vorbereiten.